

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte jährlich 10 Mark, monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 6 Mark, jährlich 12 Mark. Für Abnehmer außerhalb Leipzigs sind Postgebühren zu erheben. Einzelhefte 10 Pfennig. Auslandsendung monatlich 12 Mark, vierteljährlich 36 Mark, halbjährlich 72 Mark, jährlich 144 Mark. Postamt Leipzig, Postfach 10 21. Fernsprechnummer 40 21.

Dieses Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Kaiserlichen Hofes, sowie die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierungen, soweit diese veröffentlicht werden.

Anzeigenpreis: für Leipzig und Vororte 10 Pfennig, für den Rest des Reichs 15 Pfennig, für den Auslandsendung 20 Pfennig. Kleinanzeigen 5 Pfennig. Anzeigen für den Auslandsendung 10 Pfennig. Anzeigen für den Auslandsendung 10 Pfennig. Anzeigen für den Auslandsendung 10 Pfennig.

Nr. 107

Mittwoch, den 2. März

1921

Die deutschen Gegenanschläge unannehmbar?

Ein französischer Bericht

Paris, 2. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet: Das Hauptergebnis der Nachmittags-Sitzung der Alliiertenvertreter war der einstimmige Beschluß, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenanschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar, sogar als indiskutabel erachtet worden seien.

Bei Beginn der Sitzung hatten Loucheur, Jasson und Thénault eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenanschläge abgegeben. Sie hätten erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden durch eine Anleihe aufbringen wollten, würde sich die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Hinweis hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Beschaffung vorzuziehen sei als eine solche von 5 Prozent.

Auch an der Abwägung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinten Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelsschiffe auf 7 Milliarden angegeben, während die Summe nach der Alliiertenrechnung nur 700 Millionen betrage.

Die Vorschläge betreffend eine internationale Anleihe hätten die Gegner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen.

Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschleisien, seien als eine unerhörte Verletzung des Friedensvertrages (1) bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge zur Leistung von Zahlungen in Natura. Infolgedessen hätten die alliierten Delegierten beschlossen, außer den deutschen Plan nicht weiter zu beraten.

Heute früh 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammentreten. Der juristische Berater im französischen Außenministerium Fromaget wird abends in London eintreffen.

Die erste Sitzung in London

Zur Ergänzung des amtlichen Berichts über die erste Vollversammlung der Londoner Konferenz, den wir in unserer zweiten Morgenausgabe brachten, erhalten wir noch folgende Meldungen:

London, 2. März. Ueber die gestrige erste Sitzung der Londoner Konferenz wird noch berichtet: Die Sitzung begann um 11.30 Uhr. Lloyd George bewillkommnete die deutschen Delegierten mit Handschlag. Er redete zu Dr. Simons ein paar freundliche Worte. Der englische Premierminister sprach dann einige Eröffnungsworte, indem er ausführte, es gebe Schwierigkeiten zu überwinden in der Ausführung des Friedensvertrages. Es gebe auch Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, und er hoffe, die in Spa bewährte Methode der mündlichen Verhandlungen werde sich wieder bewähren. Lloyd George sprach liebenswürdig und verbindlich. Der nun folgende Rede Dr. Simons folgte er sehr aufmerksam. Er läßt sich wichtige Punkte wiederholen, Chamberlain unterstützt ihn. Briand verhält sich ziemlich passiv, seine Bemerkungen bleiben unverständlich. Loucheur sieht man deutlich seine Interessiertheit an. Nach der Rede Dr. Simons ist der Ton Lloyd Georges deutlich verschärft, ja scharf.

London, 1. März. Während Dr. Simons die deutschen Vorschläge in einzelnen zu verlesen begann, unterbrach ihn Lloyd George und sagte, angesichts der allgemeinen Erklärung der Alliierten könne er ihm nicht verhehlen, daß die deutsche Regierung sich in einem völligen Mißverständnis über die Stellung der Alliierten zu befinden scheine, die schon übereingekommen seien, daß der gemachte Vorschlag so sei, daß sie ihn als Ersatz für die Pariser Beschlüsse weder prüfen noch erörtern könnten. Bei der Nachmittags-Sitzung, in der die Erklärung Dr. Simons' erwidert worden, waren die deutschen Delegierten nicht zugegen.

Die Erklärung Dr. Simons' erwidert worden, waren die deutschen Delegierten nicht zugegen.

Diese Meldung, die im Widerspruch zu dem deutschen amtlichen Bericht steht, scheint auf einem Mißverständnis des Berichterstatters zu beruhen.

In Brüssel erzählt man sich ein angebliches Scherzwort Lloyd Georges, das aber recht unwohlwollend klingt:

Brüssel, 2. März. In den ersten telephonischen Mitteilungen über die erste Sitzung der Londoner Konferenz wird der Eindruck der Rede Dr. Simons' als ziemlich niederschmetternd dargestellt. Es wird gemeldet, daß Lloyd George am Schluß der Sitzung zu einem Delegierten gesagt hat, daß wenn die Konferenz andauere, die Alliierten noch härter würden, daß sie zu zahlen hätten. Zugleich heißt es aber, daß Lloyd George und ein Teil der anderen Anwesenden die Bedeutung der Antwort nicht sofort begriffen haben. Nach den hier vorliegenden Darstellungen ergibt sich aus der Antwort von Dr. Simons eine Gesamtleistung Deutschlands in den nächsten 30 Jahren im Betrage von etwa 50 Milliarden Goldmark.

Diplomaten-Empfang bei König Georg

Rotterdam, 2. März. Der „N. Rotterd. Cour.“ erhält von seinem Londoner Berichterstatter eine Schilderung der Umstände, die die Eröffnung der gestrigen Sitzung der Londoner Konferenz im Lancaster House zeitigten. Die Sitzung fand nicht, wie bisher, im danebenliegenden St.-James-Palast statt, da in diesem vom König der feierliche Empfang der Diplomaten abgehalten wurde. Das zahlreich erschienene Publikum hatte daher Gelegenheit, dem Doppelschäufel bei der Erwartung der Würdenträger im St.-James-Palast und der Ankunft der Delegierten für die Konferenz im Lancaster House beizuwohnen. Verschiedene der hervorragenden Konferenzteilnehmer, wie Briand und die deutschen Delegierten, blieben jedoch unerkannt, nur Lloyd George erhielt einige Zurufe. Das Zusammenreffen beider Feindparteien veranlaßte allerdings manches Mißverständnis, da ein Teil der hochgebornen Zahl der Neugierigen annahm, daß die in ihren Galakutschen aufzufahrenden Diplomaten und Würdenträger zur Teilnahme an der Konferenz erschienen seien. Unter sprachlosem Erschrecken haben die französischen Berichterstatter Geisteskräfte in feierlichen Ornat zum St.-James-Palast strömen, und den Außenminister Curzon in großer Seltsamkeit zu einem so wenig feierlichen Akt wie die Uebertreibung der deutschen Gegenanschläge gehen.

Das griechische Parlament gegen die Beschlüsse der Orientkonferenz

London, 2. März. Reuters meldet aus Athen: Die Nationalversammlung hat eine Entschädigung angenommen, die dem Ministerpräsidenten Katoxopoulou nach London übermittleit werden wird. Sie besagt, Griechenland sei nicht imstande, einer Revision des Vertrages von Sevres zuzustimmen.

Die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse

Das Gutachten der Sachverständigen-Kommission.

Paris, 2. März. Das Gutachten der Sachverständigen-Kommission über die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse zählt zunächst die bekannten Reparationsforderungen der Alliierten auf und betont demgegenüber, die Belastung mit einer Annuität von 6 Milliarden Goldmark würde die deutsche Bevölkerung mit 100 Mark Gold oder mit 1000 Mark Papier pro Kopf und Jahr lasten. Die Steuerbelastung in Deutschland beträgt heute bereits 500 Mark Papier gegen 300 Franken Papier in Frankreich. Eine Mehrbelastung von 1000 Mark Papier würde das Verhältnis in Deutschland auf 41 v. H. gegenüber 12 v. H. in Frankreich steigern, ohne den Zuschlag von 12 v. H. bei Ausfuhr. Eine Zahlung von Land zu Land ist möglich:

1. durch Ueberweisung von Zahlungsmitteln.
2. durch Ueberweisung von Guthaben, Wertpapieren und dinglichen Rechten.
3. durch Dienste und Arbeitsleistungen für fremde Volkswirtschaften.
4. durch Kredite.
5. durch Warenausfuhr.

1. Eine Zahlung durch deutsche Umlaufmittel verbietet sich für Deutschland, weil die Gläubiger von ihnen nicht in entsprechendem Umfang Gebrauch machen können und weil diese Umlaufmittel sich bei ihrer befristeten Vermehrung fortwährend entwerteten. — Auch die unter Ziffer 2—4 angeführten Zahlungsarten sind, wie im einzelnen begründet wird, nicht anwendbar.

5. Es bleibt somit nur der Weg der Ausfuhr. Sie muß sich beschränken auf die Ausfuhr des Produktionsüberschusses. Nur aus den Ueberflüssen einer auf Sparfüßigen Eigenverbrauch eingefestigten Volkswirtschaft können nach Begleichung der Einfuhrrechnung Zahlungen der geforderten Art geleistet werden.

Das deutsche Volk, um das Gleichgewicht herbeizuführen, nicht nur seine Handelsbilanz mit 2½ Milliarden Goldmark glücklichen, sondern darüber hinaus noch 1½ Milliarden Goldmark Aufwandsüberschuß erzielen. Die Forderungen der Alliierten setzen eine Handelsbilanz voraus, die in den kommenden Jahren einen weiteren, von 2 auf 6 Milliarden Goldmark steigenden Ueberschuß ergibt. Dazu kommt die 12 prozentige Abgabe, die im Laufe der Zeit eine steigende Milliardenbelastung ausmacht. Deutschland kann seine Handelsbilanz verbessern durch Beschränkung seiner Einfuhr. Im fremden Lagerstätten mögen sich über 1½ Milliarden Goldmark erzipieren lassen. Dadurch werden aber für das Reich große Einnahmehemmnisse auf deren Ausbeute gerade die Sachverständigen der Alliierten mehrfach hingewiesen haben.

Einschneidend noch ist die Verletzung der Interessen der alliierten und neutralen Länder. Selbst Deutschland noch einen Schritt weiter und schließt Fertigerwaren, soweit der Versailles-Vertrag dies überhaupt zuläßt, von der Einfuhr aus, so wird heute schon der fahrbare Widerstand der einjahrswilligen Länder unüberwindlich. Am schlimmsten aber ist, daß die ohnehin schon schwer geschädigte Gesamtkaufkraft der Welt noch tiefer sinken würde. Eine Ersparnis an Nahrungsmitteln in Folge der Ernährungskrise unmöglich. Zur normalen Ernährung der Bevölkerung müssen ausländische Nahrungs-, Futter- und Düngemittel im Werte von 11 Milliarden Goldmark eingeführt werden. Ein Ueberschuß an Gütern wäre dann freilich überhaupt nicht mehr zu erzielen. Die Einschränkung im Nahrungsmittelverbrauch des deutschen Volkes, wie sie seit Jahren besteht, kann, wenn es nicht gelingt, die trotz aller Gegenwirkung sich geltend machende Tendenz, von einer intensiven zur extensiven Wirtschaftsweise überzugehen, wieder zurückzudrängen, mithin auf lange Zeit hinaus nicht gemildert werden, obschon sie die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes bedroht. Eine Ersparnis an Industrieprodukten im inländischen Verbrauch ist ebensowenig möglich, da alle Produktionsanlagen heruntergewirtschaftet sind; andererseits ist auch der Verbrauch der Bevölkerung an notwendigen Gütern für Bekleidung und Ausstattung auf das Mindestmaß gesunken. Welche die unvermeidlich eine gründliche Erneuerung von Geschäftsbau und Bekleidungs-mitteln schon aus gesundheitlichen Gründen eine unabweisbare Notwendigkeit.

(Schluß in der 2. Abendausgabe.)

Rönia Nikita +

Antibes, 2. März. (Agence Havas.) König Nikita von Montenegro ist gestorben. Die Königin von Italien, seine Tochter, und der König von Albanien sind verständigt worden und werden zu den Beerdigungsfeierlichkeiten erwartet.

Die deutsche Antwort

Wenn die deutsche Regierung vor der Abreise der Delegation nach London immer wieder versichert hat, daß sie die gegnerischen Zumutungen nicht annehmen werde, daß sie aber bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehen wolle, so sind diese Versicherungen durch ihre jetzt veröffentlichten Gegenanschläge — unsere Leser fanden sie in unserer heutigen zweiten Morgenausgabe — bestätigt. Um den ersten Eindruck in einem Gehe zusammenzufassen: Wir haben allen Grundgedanken der feindlichen Forderungen grundsätzlich zugestimmt, keinen der Hauptpunkte abgelehnt, wir weichen aber in der Ausführung erheblich von ihnen ab. Wir nehmen die Zahl von 226 Milliarden Goldmark als Grundlage der Berechnung an, wir entscheiden sie nur ihres monetären Umfanges, der in Frankreich bleiben sollte und in Deutschland Schrecken erregt hat. Man glaubt bei uns zu wissen, daß die französische Regierung in der Sorge, sich zu halten, dem eigenen Volke möglichst große Zahlen vorzuführen wolle und daß sie deshalb ihre Forderungen auf 42 Jahre gedehnt hat, so daß sie mit Hilfe der Zinsen- und Zinseszinsentziehung ins Phantastische answölle. Die Grundsumme, von der man drüben ausgingen ist, sind nicht diese 226 Milliarden, sondern das ungefähre halbe Hundert Milliarden, auf das wir in unserer Berechnung hinauskommen und das übrigens auch die besten Sachverständigen auf der Gegenseite schon ausgerechnet haben, für den Fall, daß Deutschland schneller zahlt als in 4 Jahrzehnten. Der Umstand, daß überhaupt diese Berechnung drüben angestellt worden ist, zeigt, daß unsere Deutung des Sinnes jener populären Aufmachung zutrifft. Die Gegner haben ja auch in ihren Vorklagen selber einen Hinweis darauf gegeben, indem sie einen Diskont von 8 Prozent in Aussicht stellten für jedes Jahr früherer Erledigung. Wenn man unter Annahme dieser 8 Prozent die 42 Jahre rückwärts rechnet, kommt man auf ungefähr 53 Milliarden Goldmark.

Indem sich Deutschland zur Zahlung einer solchen Riesensumme — es sind ja nicht etwa bloß 53 Milliarden Papiermark — bereit erklärt, macht es allerdings zugleich eine Voraussetzung, nämlich, daß die deutsche Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich steigern wird. Andernfalls hält die deutsche Regierung jene Zahlungen für unmöglich.

Das ist wichtig auch für die Beurteilung des zweiten Hauptpunktes, den wir den übrigen Einzelheiten vorwegnehmen wollen, der Ausfuhrabgabe. Dieser Forderung liegt der Gedanke zugrunde, daß die Gegner auch an der Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage Anteil bekommen sollen. Deutschland erhöht auch hier, daß es den Grundgedanken als berechtigt anerkennt. Unsere Auffassungen sind deshalb durchweg nicht auf Grund unserer heutigen Leistungsfähigkeit gemacht worden, sonst wären sie nicht so hoch, sondern, um möglichst weit entgegenkommen zu können, haben wir schon jetzt den mutmaßlichen Aufschwung Deutschlands eingestellt, den die Gegner allerdings erst ermöglichen müssen. Man hat ihn so veranschlagt, wie er bei vernünftiger Kalkulation zu erwarten ist. Aber eine bedeutende Ausfuhrabgabe würde einen ganz einseitigen Wertmesser des deutschen Wirtschaftsaufstieges darstellen, und die Verringerung ist eben schon die Voraussetzung für unsere sonstigen Angebote. Ein besonderer Ausfuhrzoll muß deshalb nach Meinung unserer Regierung wegfallen.

Die Vorschläge, die wir im einzelnen machen, oder die Wege, die wir zur Tilgung jener Schuld von 53 Milliarden einschlagen wollen, sind im wesentlichen zwei: Die Summe von 53 Milliarden verringert sich zunächst um die 20 Milliarden, die uns schon für unsere bisherigen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages angerechnet werden müssen. Bleiben etwa 33 Milliarden Goldmark. Diese sollen möglichst bald beschafft werden durch internationale Anleihe, die selbstverständlich durch uns sicherzustellen wäre, und zwar schlagen wir zunächst eine Anleihe von 3 Milliarden vor, also etwa den vierten Teil der Gesamtsumme, da die ganze Summe unmöglich auf einmal unterzubringen wäre. Um sie überhaupt auszufüllen zu können, würde es nötig sein, daß sie von Steuern jeder Art befreit bleibt. Sobald als möglich sollen dann weitere Teilbeträge ebenfalls als internationale Anleihe gegeben werden.

So der erste Sonderanschlag. Der zweite, der ihn ergänzen soll, nimmt den Gedanken der Annuitäten auf, begrenzt aber seine Dauer auf 5 Jahre und die Summe auf jährlich eine Milliarde, die im wesentlichen durch Sachleistungen zu zahlen wäre. Hierin begegnet man sich mit dem Gedanken von Seboud, ohne ihn doch wieder aufzunehmen, denn Seboud wollte ja zunächst überhaupt nur 5 Annuitäten festsetzen und die weitere Regelung der Zukunft überlassen. Aber das will man jetzt so wenig in Deutschland wie auf gegnerischer Seite. Auch für uns soll aber der 1. Mai 1926 ein wichtiger Stichtag sein. Bis dahin soll nämlich die jetzt vorgeschlagene Regelung gelten. Dann sollen weitere Abmachungen folgen auf Grund der dann schon besser zu überschauenden und hoffentlich weit günstigeren wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Zum Schluß wird noch besonders daran erinnert, daß unsere Produktivität nicht steigen kann, wenn wir nicht wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung erhalten, und daß der Verlust Oberschleisiens die ganze Berechnung über den Haufen werfen müßte.

Diese Vorschläge sind von einem Teil der deutschen Sachverständigen als zu weitgehend beurteilt worden, d. h. diese Sachverständigen zweifelten an der Möglichkeit ihrer Erfüllung. Allein die deutsche Regierung hat, wie wir glauben, mit Recht gemeint, das Heuherste anbieten zu müssen, das in der Heimat selbst nur mit Sorge vernommen werden kann. Aber diese Sorgen brauchen zu keinem Vermissis zu führen, denn es ist kein Zweifel, daß gerade der Druck, unter dem wir auf lange Jahre hinaus stehen werden, unsere Arbeitskraft stärken wird, wenn er nicht so übermäßig schwer wird, daß er uns erdrückt. Anzeichen, daß wir uns bisher als Arbeitsvolk nicht ganz erdrücken

sehen, sondern daß unsere Spannkraft vielmehr erhöht worden ist, sind zureichend genug vorhanden.

Freilich, Herr Lloyd George hat gleich am ersten Tage in London namens der Alliierten Herrn Simons erwidert, daß die deutschen Gegenwortschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Alliierten beruhten.

Zu der Frage, ob die deutschen Gegenwortschläge nicht zu weit gehen, weist eine Nachrichtenstelle auf zwei Punkte hin, die man nicht übersehen darf; sie schreibt:

Wir mußten bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gehen, wenn wir wirklich in London zu einer Einigung kommen wollten. Der Versuch eines Schwagergeschäfts hätte uns wenig genützt.

Eine amerikanische Stimme der Vernunft

Der "National Republican", das offizielle Organ der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten von Amerika, beschäftigt sich in seiner Ausgabe vom 5. Februar an leitender Stelle mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz.

Die Entschädigungsbedingungen der Alliierten schließen eine zwölfpromille Steuer auf die deutsche Ausfuhr ein, schreibt der "Republican": Die dadurch erzielten Einnahmen sollen nicht Deutschland, sondern den Alliierten zufließen.

Diese Bestimmung ist eine der vielen stupiden Maßnahmen, die jene europäischen Diplomaten, die die Neuordnung der Dinge nach dem Weltkrieg übernommen haben, getroffen haben.

Der Mensch und die Natur

Die Kultur der alten Griechen wurde zwischen Stadtbauern großgezogen. Ja, alle modernen Kulturen haben eine Wiege von Stein und Marmor.

Solche Naturen hinterlassen tiefe Spuren im Geist des Menschen. Sie prägen uns von vornherein den Grundhaß ein: divide et impera, so daß wir uns geböhnen, alle unsere Eroberungen dadurch zu sichern, daß wir sie beständigen und voneinander abgrenzen.

Man könnte glauben, daß solch Leben die Wirkung hätte, dem menschlichen Geist abzusumpfen und jeden Antriebe zum Fortschritt zu zerstören.

So wird es immer offenkundiger, wie weisse Amerika gehandelt hat, als es ablehnte, sich in die europäischen Schwierigkeiten verwickeln zu lassen.

Das amerikanische Volk hat sich mit steigendem Unbehagen überzeugt, wie das europäische System in Wirklichkeit beschaffen ist; die junge Generation, wie die europäischen Mächte nach jedem kommerziellen Vorteil gierig greifen, und kommt nun immer mehr zu der Überzeugung, daß es keine Sache ist, nach seinen Angelegenheiten an dieser Seite des Atlantischen Ozeans zu leben.

Die „Gauerei“ mit Jap

London, 2. März. Dem "Philadelphia Public Ledger" zufolge hat Präsident Harding die Vorschläge des Senats und Justizrat davon in Kenntnis gesetzt, daß nichts gewonnen werden könne, wenn die Alliierten die Reparationen der Vereinigten Staaten in den angrenzenden Weltkriegen hineinzuzwingen.

Die größte Flotte der Welt

London, 1. März. Einer Reutermeldung zufolge erklärte der neue amerikanische Marineminister Clegg, daß die neue amerikanische Regierung werde sein, eine amerikanische Flotte zu bauen, an die keine andere Flotte der Welt heranzukomme.

Unterzeichnung der französisch-polnischen Konvention

Paris, 2. März. (Eig. Drahtbericht.) Heute wurde im französischen Außenamt die französisch-polnische Konvention unterzeichnet. Französischerseits wurde sie durch Vriand, polnischerseits durch Prof. Wensch, dem Bevollmächtigten der polnischen Regierung, auf zwei gleichlautenden Exemplaren unterschrieben.

Srische Angriffe auf englische Truppen

London, 2. März. Wie die Wälfster melden, sind auf die vorgestern in Coch erzielte Erschießung der sechs Srischer blutige Angriffe auf die Truppen erfolgt. Wälfster wurden, wie gemeldet wird, fünf Soldaten getötet und elf verwundet.

Oberschlesische Abstimmung und Prozeßtermine

Berlin, 2. März. Um allen Abstimmungsberechtigten die Teilnahme an der Abstimmung zu ermöglichen, hat der preussische Justizminister angeordnet, daß die Gerichte Besuchen der Parteien, Angeklagten, Zeugen, Sachverständigen, Schöffen oder Geschworenen, aus Anlaß der Abstimmung in Oberschlesien zwecks Verlegung anstehender Verhandlungstermine eingereicht werden, in weitestem Umfange entgegenkommen sollen.

Auf der Suche nach „Kommunifizierungspolitikern“

Die Linkskadaveren der Berliner Stadtverwaltung suchen einen Kämmerer, also einen Finanzminister, für das größte südöstliche Gemeinwesen des Deutschen Reiches. Es gibt ein paar Fachleute, die Erfahrungen in der kommunalen Finanzverwaltung besitzen, und die vielleicht — allmählich — sogar in die Groß-Berliner Bankerottwirtschaft einige Ordnung bringen könnten.

Kommunizisches Strafgericht

München, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie die "Neue Zeitung" mitteilt, hat der kommunizische Parteiausschuss in Berlin über die beiden kommunizischen Führer Graf und Thomas folgendes Urteil gefällt: Graf hat sein Landtagsmandat niederzulegen und wird von München nach Berlin in die Redaktion der "Neuen Zeitung" strafversetzt.

Verhinderter Stapellauf eines Stinnes-Dampfers?

Hamburg, 2. März. Gestern vormittag sollte auf der Hensburger Schiffswerft ein etwa 12000-Tonnen-Dampfer vom Stapel laufen. Er ist für die A.-O. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg erbaut und sollte den Namen "Tirpitz" erhalten.

Gegen das Zweiklassenystem auf der Eisenbahn

Dresden gemeldet wird, sind die sächsischen Handelskammern übereingekommen, schon in einem vorläufigen Bericht Widerspruch gegen den Plan der Neuerteilung der Eisenbahnmoglichkeiten — es sind bekanntlich Beschränkungen derart geplant, daß nur noch eine Holz- und eine Polsterklasse geführt werden sollen — zu erheben.

Wunsch entstehen, seine Herrschaft dadurch auszuweihen, daß er das Erbe von Mätern gegen sie begreife. Er wollte letzten Endes nicht erwerben, sondern sich innerlich zu eigen machen, indem er mit seiner Umgebung wuchs und in sie hineinwuchs.

Später kam eine Zeit, wo jene Urwälder bebauten Feldern weichen mußten und reiche Städte überall emporstiegen. Mächtige Königreiche wurden gegründet, die mit allen Großmächten der Welt in Verkehr standen.

Indien aber mußte: wenn wir uns durch physische oder geistige Schwächen von dem urchöflichen Leben der Natur abschließen, wenn wir uns nur als Menschen und nicht als einen Teil des Alls fühlen, so geraten wir bald auf labyrinthische Irrwege, und da wir uns selbst den Ausweg abgeschnitten haben, versuchen wir alle Arten von künstlichen Methoden, aus denen selbst immer wieder neue Hemmnisse und unendliche Schwierigkeiten entstehen.

Felsen und ist sein eigenes Fleisch. Ohne den Hintergrund des Alls verliert seine Art ihre Würde und wird schamvoll und schmutzig. Sein Reichthum verliert seine Frucht und ist nur noch verschwendlich. Seine Begierden dienen nicht mehr seinem Leben, indem sie sich in den Grenzen ihres Zweckes halten; sie werden Selbstzweck, wachsen tiefergreifend empor, schleudern die Fackel in sein Leben und spielen ihr wildes Geistespiel zum gefährlichsten Elementarzug des Brandes.

Es erfüllt mich mit großer Freude und mit hoher Hoffnung für die Zukunft des Menschengeschlechts, wenn ich daran denke, daß es in ferner Vergangenheit eine Zeit gab, wo unsere Dichterspropheten, vom verschwenderischen Sonnenheiß des indischen Himmels überstrahlt, die Welt im freudigen Erkennen der Verwandtschaft begriffen.

Die sächsischen Stadttheater gegen Luftverkeimung und Karrenverkehr. Die Betriebsräte der sächsischen Theater richteten an die sächsische Staatsregierung und an den sächsischen Landtag den nachstehenden dringenden Antrag, dem wir folgenden entnehmen: Die Erziehung der Staats- und städtischen Theater, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen nur durch

g o w i (4.64) bevorz... Mark... verteil... Emou...
W... Arbeit... besuch... überdie... wegung...
10 M... die auf...
1921...
15...
11...
13...
14...
15...
16...
17...
18...
19...
20...
21...
22...
23...
24...
25...
26...
27...
28...
29...
30...
31...
32...
33...
34...
35...
36...
37...
38...
39...
40...
41...
42...
43...
44...
45...
46...
47...
48...
49...
50...
51...
52...
53...
54...
55...
56...
57...
58...
59...
60...
61...
62...
63...
64...
65...
66...
67...
68...
69...
70...
71...
72...
73...
74...
75...
76...
77...
78...
79...
80...
81...
82...
83...
84...
85...
86...
87...
88...
89...
90...
91...
92...
93...
94...
95...
96...
97...
98...
99...
100...

